

**Studien zum Seevölkerrecht und  
zur maritimen Sicherheit**

---

**Studies on the Law of the Sea and  
Maritime Security**

**Band/Volume 2**

# **Soldaten gegen Piraten**

**Der extraterritoriale Einsatz der deutschen Marine  
zur Pirateriebekämpfung im Lichte  
von Völkerrecht und Grundgesetz**

**Von**

**Florian Sax**



**Duncker & Humblot · Berlin**

FLORIAN SAX

## Soldaten gegen Piraten

Studien zum Seevölkerrecht und  
zur maritimen Sicherheit

Studies on the Law of the Sea and  
Maritime Security

Herausgegeben von / Edited by  
Wolff Heintschel von Heinegg / Stefan Talmon

Band / Volume 2

# Soldaten gegen Piraten

Der extraterritoriale Einsatz der deutschen Marine  
zur Pirateriebekämpfung im Lichte  
von Völkerrecht und Grundgesetz

Von

Florian Sax



Duncker & Humblot · Berlin

Die Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Regensburg hat diese Arbeit  
im Jahre 2017 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten  
© 2018 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Druck: CPI buchbücher.de GmbH, Birkach  
Printed in Germany

ISSN 2512-1219  
ISBN 978-3-428-15426-5 (Print)  
ISBN 978-3-428-55426-3 (E-Book)  
ISBN 978-3-428-85426-4 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

*Meinen Eltern*



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2017 von der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Regensburg als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur befinden sich im Wesentlichen auf dem Stand März 2017.

Während der Entstehung dieser Arbeit habe ich auf vielfältige Weise Unterstützung erfahren, für die ich mich an dieser Stelle gerne bedanken möchte.

Mein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater Herrn Professor Dr. Robert Uerpmann-Witzack für die Anregung, überhaupt diese Dissertation in Angriff zu nehmen, sowie für deren Betreuung und Förderung, nicht zuletzt aber auch für meine sehr schöne Zeit als Akademischer Rat an seinem Lehrstuhl. Sehr dankbar bin ich insbesondere für die Unterstützung und Förderung meiner aufkeimenden Leidenschaft für die Lehre, die nun meinen beruflichen Weg bestimmt. Großer Dank gebührt auch Herrn Professor Dr. Alexander Graser für die Bereitschaft zur Übernahme des Zweitgutachtens und dessen zügige Erstellung.

Herrn Professor Dr. Wolff Heintschel von Heinegg und Herrn Professor Dr. Stefan Talmon danke ich für die Aufnahme der Arbeit in diese Schriftenreihe.

Danken möchte ich auch meinen Kollegen am Lehrstuhl sowie an den Nachbarlehrstühlen für die angenehme und freundschaftliche Atmosphäre, für fachliche und fachfremde Gespräche sowie für diverse sportliche Aktivitäten als willkommenen Ausgleich.

Meinem ersten Leser Herrn StD Peter Walter danke ich zusammen mit Frau Anita Walter für die Bereitschaft zur Übernahme der mühsamen Aufgabe des Korrekturlesens. Von ganzem Herzen danken möchte ich meiner Frau Eva-Maria, deren liebevolle Unterstützung in jeder nur erdenklichen Weise mich durch die Zeit der Entstehung dieser Arbeit getragen hat. Sie hat maßgeblichen Anteil an der Vervollendung dieses Werks.

Meinen Eltern, insbesondere meinem Vater, der das Erscheinen dieser Arbeit leider nicht mehr erleben durfte, danke ich für ihre vorbehaltlose Unterstützung und Liebe. Ihnen widme ich diese Arbeit.

Hof, im März 2018

*Florian Sax*





# Inhaltsverzeichnis

<b>A. Einleitung</b>	21
I. Problemstellung	21
II. Arbeitsansatz	23
<b>B. Völkerrechtlicher Rahmen des Vorgehens gegen Piraten</b>	25
I. Definitionen und Grundlagen	27
1. Seeräuberei/Piraterie	27
a) „Auf Hoher See“	28
b) Verhältnis zu Art. 103 SRÜ	34
c) „Zu privaten Zwecken“	35
d) „Gegen ein anderes Schiff“	41
e) Zusammenfassung	43
2. Armed Robbery at Sea/against Ships	45
3. Von Piraterie betroffene Zonen	46
a) Allgemeine Einteilung	46
b) Der Fall Somalia	48
aa) Die Situation in Somalia	48
bb) Somalia als Staat	49
cc) Die Breite der von Somalia beanspruchten Meereszonen	51
c) Andere Staaten der Region	53
II. Hohe See	53
1. Maßnahmen nach dem SRÜ	54
a) Art. 110 SRÜ	54
aa) Berechtigte	54
bb) Zielobjekt der Maßnahmen	55
cc) Mögliche Maßnahmen	55
dd) Gewaltanwendung	57
ee) Erforderlicher Verdachtsgrad	58
b) Art. 105 SRÜ	60
aa) Zielobjekte der Maßnahmen	60
(1) Seeräuberschiff	60
(2) Größe des Schiffes	62
(3) Personen und Gegenstände an Bord	62
bb) Mögliche Maßnahmen	63

cc) Gerichtliche Verfolgung .....	70
dd) Gewaltanwendung .....	74
ee) Art. 107 SRÜ .....	78
ff) Erforderlicher Verdachtsgrad .....	81
c) Völkerrechtliche Verpflichtung zu aktivem Vorgehen gegen Piraterie? .....	87
2. Maßnahmen nach sonstigem Völkerrecht .....	90
a) Notwehr .....	90
aa) Verhältnismäßigkeit .....	91
bb) Köderschiffe als Sonderfall .....	94
b) Nothilfe .....	95
c) SUA-Konvention .....	97
III. Ausschließliche Wirtschaftszone .....	99
IV. Anschlusszone .....	103
V. Küstenmeer .....	104
1. Mögliche Maßnahmen des Küstenstaates .....	104
2. Mögliche Maßnahmen durch Deutschland .....	105
a) Patrouillenfahrten .....	105
b) Selbstverteidigung nach Art. 51 UN-Charta .....	106
c) Intervention zur Rettung eigener Staatsangehöriger .....	109
d) Nothilfe nach Art. 98 SRÜ .....	110
e) Umgekehrte Nachteile .....	112
f) „Shiprider-Agreements“ .....	115
g) Zwischenfazit .....	120
VI. An Land .....	121
VII. Gebietsunabhängig .....	121
1. Piraterie als Anwendungsbereich des humanitären Völkerrechts? ...	121
a) Pirateriebekämpfung als bewaffneter Konflikt .....	122
b) Die Situation in Somalia als bewaffneter Konflikt .....	126
2. Gerichtliche Verfolgung und Überstellung von Piraten .....	128
a) Zuständigkeit zur gerichtlichen Verfolgung .....	128
b) Pflicht zur eigenen Anklage? .....	130
c) Überstellung .....	131
VIII. Der Einfluss der Resolutionen des UN-Sicherheitsrates .....	132
1. Resolution 1816 (2008) .....	132
2. Resolution 1846 (2008) .....	138
3. Resolution 1851 (2008) .....	138
4. Die weiteren Resolutionen .....	145
5. Zusammenfassung .....	146

<b>C. Das Recht zum Einsatz der Deutschen Marine gegen Piraten</b>	147
I. Art. 87a Abs. 1 GG	147
II. Art. 87a Abs. 2 GG	148
1. Anwendbarkeit auf Auslandseinsätze	148
a) Ansicht des Bundesverfassungsgerichts	149
b) Ansichten in der Literatur	151
aa) Wortlaut	152
bb) Systematik	153
cc) Sinn und Zweck	154
dd) Entstehungsgeschichte	154
2. Streitkräfte	156
3. Einsatz	159
a) Ansicht des Bundesverfassungsgerichts	159
b) Ansichten in der Literatur	160
c) Einzelne Maßnahmen als Einsatz	163
d) Kein Sonderstatus für „polizeiliche“ Maßnahmen	164
e) Zwischenfazit	168
4. Verteidigung	168
a) Ansicht des Bundesverfassungsgerichts	169
b) Ansichten in der Literatur	171
aa) Art des Angreifers und Qualität des Angriffs	172
bb) Objekt der Verteidigung	174
5. Ausdrücklich zugelassene Einsätze	178
III. Weitere Einsatzermächtigungen neben Art. 87a Abs. 2 GG	179
1. Art. 32 Abs. 1 GG	179
2. Art. 24 Abs. 2 GG	180
a) UN	181
b) NATO und WEU	183
c) EU	183
3. Art. 23 Abs. 1 GG	186
4. Art. 25 GG	187
5. Schutzpflichtdimension des Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG	190
6. Art. 27 GG	191
7. Art. 35 Abs. 1 GG	192
IV. Parlamentsvorbehalt	195
V. Zwischenfazit	199
<b>D. Das Recht im Einsatz – die Grundrechtsbindung</b>	201
I. Grundsätzliche Grundrechtsbindung im Ausland	201

1.	Der Geltungsbereich des Grundgesetzes als Grenze .....	203
2.	Der Begriff der staatlichen Gewalt als Grenze .....	205
a)	Völkerrechtskonformität der Handlung als Voraussetzung für die Grundrechtsbindung .....	205
b)	Zurechenbarkeit als Voraussetzung für die Grundrechtsbindung ..	207
aa)	Zurechnung zu den Vereinten Nationen .....	208
bb)	Zurechnung zur Europäischen Union .....	214
cc)	Möglichkeit der Mehrfachzurechnung .....	219
dd)	Zusammenfassung .....	220
3.	Exkurs: Grundrechtsschutz im europäischen Mehrebenensystem ....	220
a)	Anwendbarkeit der Grundrechtecharta auf Gemeinsame Aktionen und Missionen im Bereich der GASP .....	220
b)	Nebeneinander von nationalen und EU-Grundrechten .....	222
c)	Perspektive nach Beitritt der EU zur EMRK .....	228
d)	Zusammenfassung .....	229
4.	Das Merkmal der „generalisierten Kontrolle“ als Grenze .....	230
5.	Das Völkerrecht als Grenze .....	234
a)	Das völkerrechtliche Territorialitätsprinzip .....	234
b)	Das humanitäre Völkerrecht .....	237
c)	Resolutionen des Sicherheitsrates .....	239
d)	Zusammenfassung .....	240
6.	Zwischenergebnis: Grundrechtsbindung bei der Piraterie- bekämpfung .....	241
II.	Umfang des Grundrechtsschutzes im Ausland .....	242
1.	Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts .....	243
a)	Spanier-Beschluss .....	243
b)	Zweitregister-Entscheidung .....	244
c)	G10-Urteil .....	246
d)	Zusammenfassung .....	247
2.	Ansätze für einen verringerten Schutzstandard .....	247
a)	Schutzbereichsausnahme für militärische Maßnahmen .....	248
b)	Verzicht auf den Gesetzesvorbehalt .....	250
aa)	Normierungsschwierigkeiten .....	251
bb)	Spezielle Natur der Streitkräfte .....	254
c)	Öffnung des Gesetzesvorbehalts für internationale Normen .....	255
aa)	Durchführbarkeit internationaler Kooperationen .....	258
bb)	Wortlaut in EMRK und Grundgesetz .....	260
cc)	Jeweilige Funktionen des Gesetzesvorbehalts .....	260
dd)	Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts .....	262
ee)	Wahrung des Gesetzesvorbehalts für Deutsche .....	263

ff)	Keine Völkerrechtswidrigkeit nationaler Rechtsgrundlagen	264
d)	Keine Geltung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	265
e)	Allgemeine Reduktion des Grundrechtsschutzes	266
aa)	Abnahme der Schutzintensität nach außen hin	266
bb)	Infolge einer Sicherheitsratsresolution	267
cc)	Völkerrechtliche Erwünschtheit des Einsatzes	269
dd)	Effektivität staatlichen Handelns	271
f)	Zusammenfassung	275
III.	Geltung und Reichweite einzelner Grundrechte bei Maßnahmen der deutschen Marine gegen Seeräuber	276
1.	Festnahme von Piraterieverdächtigen	276
a)	Schutzbereich und Eingriff	277
aa)	Zeitpunkt der Festnahme	278
bb)	Kein vom Grundrechtsschutz ausgenommener „völkerrechtlicher Gewahrsam“	279
b)	Rechtsgrundlage für eine Festnahme	282
aa)	Art. 105 SRÜ direkt	283
bb)	Art. 105 SRÜ über das Zustimmungsgesetz gem. Art. 59 Abs. 2 GG	284
(1)	Bestimmtheit, Inhalt und Adressat	284
(2)	Zitiergebot	289
cc)	Das mit Art. 105 SRÜ inhaltsgleiche Völkergewohnheitsrecht über Art. 25 Satz 2 GG	295
(1)	Bestimmtheit, Inhalt und Adressat	295
(2)	Zitiergebot	296
(3)	Parlamentsgesetz i. S. d. Art. 104 Abs. 1 Satz 1 GG	297
dd)	§ 127 StPO	299
ee)	§§ 19, 15 IRG i. V. m. § 127 StPO	305
ff)	§ 6 UZwGBw bei Angriffen auf Schiffe der Bundeswehr	306
gg)	Der Bundestagsbeschluss zur Streitkräfteentsendung	308
hh)	Einsatzmandat eines Systems kollektiver Sicherheit	311
(1)	Bestimmtheit, Inhalt und Adressat	312
(2)	Förmliches Gesetz i. S. d. Art. 104 Abs. 1 Satz 1 GG	314
(3)	Art. 24 Abs. 2 GG als verfassungsimmanente Schranke	316
ii)	Rules of Engagement	318
jj)	Eingriff auch ohne gesetzliche Grundlage	319
kk)	Zwischenergebnis	321
c)	Richtervorbehalt in Art. 104 Abs. 2 und 3 GG als Hindernis	323
aa)	Unverzüglichkeit	323
bb)	Aufgabe der festen Fristen in Art. 104 Abs. 2 Satz 3 und Abs. 3 Satz 1 GG?	326

(1) Bundeswehr als „Polizei“ i. S. v. Art. 104 Abs. 2 Satz 3 GG .....	327
(2) Inlandsbezogenheit der Fristen .....	328
(3) Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes .....	331
(4) Berücksichtigung der Besonderheiten auf Hoher See ...	333
(5) Systematik und Wortlautgrenze .....	337
(6) Vergleich mit anderen Rechtsordnungen .....	341
(7) Zusammenfassung .....	344
cc) Bereithalten eines deutschen Richters vor Ort .....	345
dd) Entscheidung auch durch ausländischen Richter? .....	347
ee) Richtervorführung per Videokonferenz .....	349
ff) Zwischenergebnis .....	351
2. Überstellung .....	352
a) Rechtsgrundlage .....	355
b) Verbindliche Mindeststandards in GG und VR .....	359
c) Zusammenfassung .....	361
3. Tötung von Piraterieverdächtigen .....	361
a) § 32 StGB .....	362
b) Völkergewohnheitsrecht i. V. m. Art. 25 Satz 2 GG .....	365
aa) Seerechtliche Bestimmungen zur Seeräubereibekämpfung .	365
bb) Recht auf Notwehr und Nothilfe .....	367
c) § 9 UZwGBw .....	368
d) § 10 UZwG .....	371
e) § 7 Soldatengesetz .....	373
f) Polizeigesetze des Bundes oder der Länder analog .....	374
g) Entscheidung des Grundgesetzes für eine wirksame Landes- verteidigung .....	374
h) Zwischenergebnis .....	375
4. Beschlagnahme von Tatwerkzeugen .....	376
5. Zusammenfassende Beurteilung der häufigsten Maßnahmen deutscher Streitkräfte .....	379
<b>E. Schlussteil .....</b>	<b>381</b>
I. Ergebnisse der völkerrechtlichen Untersuchung .....	381
1. Möglichkeiten auf Hoher See .....	381
2. Ausschließliche Wirtschaftszone und Anschlusszone .....	384
3. Küstenmeer .....	384
4. Sonderfall Somalia: Der Einfluss der Resolutionen .....	385
5. Weitere Ergebnisse .....	386
II. Ergebnisse der verfassungsrechtlichen Untersuchung (Recht zum Einsatz)	387

III. Ergebnisse der verfassungsrechtlichen Untersuchung (Recht im Einsatz)	388
1. Grundsätzliche Grundrechtsbindung .....	388
2. Umfang des Grundrechtsschutzes .....	389
3. Geltung und Reichweite einzelner Grundrechte .....	390
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	395
<b>Sachwortregister</b> .....	424



## Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere(r) Ansicht/Auffassung
a. a. O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
Absnr.	Absatznummer
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AJIL	American Journal of International Law
Am. U. L. Rev.	American University Law Review
Ann. Surv. Int'l & Comp. L.	Annual Survey of International & Comparative Law
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
ASIL	American Society of International Law
Aufl.	Auflage
AVR	Archiv des Völkerrechts
AWZ	Ausschließliche Wirtschaftszone
B.C. Int'l & Comp. L. Rev.	Boston College International and Comparative Law Review
Bd.	Band
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
Begr.	Begründer
BerlK-GG	Berliner Kommentar zum Grundgesetz
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BK-GG	Bonner Kommentar zum Grundgesetz
BMJ	Bundesministerium der Justiz (und für Verbraucherschutz)
BPolG	Bundespolizeigesetz
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
Cal. L. Rev.	California Law Review
Cal. W. Int'l L.J.	California Western International Law Journal
Case W. Res. J. Int'l L.	Case Western Reserve Journal of International Law
Chinese J. Int'l L.	Chinese Journal of International Law
CNUDM	Convention des Nations unies sur le droit de la mer
Conn. J. Int'l L.	Connecticut Journal of International Law
Denv. J. Int'l L. & Pol'y	Denver Journal of International Law and Policy
Diss.	Dissertation
DOALOS	Division for Ocean Affairs and the Law of the Sea
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
Duke J. Int'l & Comp. L.	Duke Journal of Comparative & International Law

DVBI	Deutsches Verwaltungsblatt
ECHR	European Court of Human Rights (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte)
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
Einf.	Einführung
EJIL	European Journal of International Law
Emory Int'l L. Rev.	Emory International Law Review
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EL	Ergänzungslieferung
EPIL	Encyclopedia of Public International Law
EU	Europäische Union
EU-ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EUNAVFOR	European Union Naval Force
EUV	Vertrag über die Europäische Union
f.	folgende
F.A.Z.	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FGS	Federal Government of Somalia
Fla. J. Int'l L.	Florida Journal of International Law
Fn.	Fußnote
Fordham Int'l L.J.	Fordham International Law Journal
Ga. J. Int'l & Comp. L.	Georgia Journal of International and Comparative Law
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
gem.	gemäß
Geo. J. Int'l L.	Georgetown Journal of International Law
GG	Grundgesetz
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
h. M.	herrschende Meinung
Harv. Int'l L.J.	Harvard International Law Journal
Harv. L. Rev.	Harvard Law Review
HbGR	Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa
HbStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
HFR	Humboldt Forum Recht
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
HSÜ	Übereinkommen über die Hohe See vom 29. April 1958
HuV-I	Humanitäres Völkerrecht – Informationsschriften
I.C.J. Rep	International Court of Justice Reports of Judgments, Advisory Opinions and Orders
ICTY	International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien)
ICTR	International Criminal Tribunal for Rwanda (Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda)
i. E.	im Ergebnis
IGH	Internationaler Gerichtshof
ILC	International Law Commission (Völkerrechtskommission)

ILM	International Legal Materials
IMB	International Maritime Bureau
IMO	International Maritime Organization
Int'l & Comp. L.Q.	International and Comparative Law Quarterly
Int'l J. Mar. & Coast. L.	International Journal of Marine and Coastal Law
IPbpR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
IRG	Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen
i. S. d.	im Sinne des
ISGH	Internationaler Seegerichtshof
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
IStGH-Statut	Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
J. Int'l Aff.	Journal of International Affairs
J. Int'l Crim. Just.	Journal of International Criminal Justice
J. Int'l L. & Int'l Rel.	Journal of International Law & International Relations
J. Mar. L. & Com.	Journal of Maritime Law and Commerce
JR	Juristische Rundschau
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	JuristenZeitung
Kap.	Kapitel
KFOR	Kosovo Force
KJ	Kritische Justiz
LG	Landgericht
lit.	littera (Buchstabe)
Loy. L.A. Int'l & Comp. L. Rev.	Loyola of Los Angeles International and Comparative Law Journal
Loy. Mar. L.J.	Loyola Maritime Law Journal
m. N.	mit Nachweisen
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MaxPlanckUNYB	Max Planck Yearbook of United Nations Law
Melb. J. Int'l L.	Melbourne Journal of International Law
MPEPIL	Max Planck Encyclopedia of Public International Law
MRM	MenschenRechtsMagazin
MüKo	Münchener Kommentar
N.C. J. Int'l L. & Com. Reg.	North Carolina Journal of International Law and Commercial Regulation
NATO	North Atlantic Treaty Organization
Naval L. Rev.	Naval Law Review
New Eng. L. Rev.	New England Law Review
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NordÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
N.Y.U. J. Int'l L. & Pol.	New York University Journal of International Law and Politics

N.Y.U. L. Rev.	New York University Law Review
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
NZWehrr	Neue Zeitschrift für Wehrrecht
o. A.	ohne Angabe (eines Autors)
Ocean Dev. & Int'l L.	Ocean Development & International Law
OVG	Oberverwaltungsgericht
PAG	Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei
ParlBG	Parlamentsbeteiligungsgesetz
PCIJ	Permanent Court of International Justice (Ständiger Internationaler Gerichtshof)
PJZS	Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
ReCAAP	Regional Cooperation Agreement on Combating Piracy and Armed Robbery against Ships in Asia
Regent J. Int'l L.	Regent Journal of International Law
Rev. DI & DC	Revue de droit international et de droit comparé
Rn.	Randnummer
S.	Seite(n); Satz
San Diego Int'l L.J.	San Diego International Law Journal
S. Cal. Interdisc. L.J.	Southern California Interdisciplinary Law Journal
SeeAufG	Gesetz über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Seeschifffahrt
SG	Soldatengesetz (Gesetz über die Rechtsstellung der Soldaten)
Sing. J. Int'l & Comp. L.	Singapore Journal of International and Comparative Law
Sm	Seemeilen
SOFA	Status of Forces Agreement
sog.	so genannte(r)
Sri Lanka J. Int'l L.	Sri Lanka Journal of International Law
SRÜ	Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
SUA-2005	Protocol of 2005 to the Convention for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Maritime Navigation (Protokoll von 2005 zum Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt)
SUA-Konvention	Convention for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Maritime Navigation (Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt)
Suffolk Transnat'l L. Rev.	Suffolk Transnational Law Review
Syracuse J. Int'l L. & Com.	Syracuse Journal of International Law and Commerce
SZ	Süddeutsche Zeitung
taz	die tageszeitung
TFG	Transitional Federal Government
Tul. Mar. L.J.	Tulane Maritime Law Journal

Tulsa J. Comp. & Int'l L.	Tulsa Journal of Comparative & International Law
u. a.	und andere; unter anderem
UBWV	Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung
UKHL	United Kingdom House of Lords Decisions
U. Miami Int'l & Comp. L. Rev.	University of Miami International and Comparative Law Review
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
UN-Charta	Charta der Vereinten Nationen
UNCLOS	United Nations Convention on the Law of the Sea (See-rechtsübereinkommen der Vereinten Nationen)
UN Doc.	United Nations Document
UNEP	United Nations Environment Programme
UNMIK	United Nations Interim Administration Mission in Kosovo
Urt.	Urteil
U.S.F. Mar. L.J.	University of San Francisco Maritime Law Journal
UZwG	Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes
UZwGBw	Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr und verbündeter Streitkräfte sowie zivile Wachpersonen
v.	von; vom
v. a.	vor allem; vor allen
Va. J. Int'l L.	Virginia Journal of International Law
Vand. J. Transnat'l L.	Vanderbilt Journal of Transnational Law
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VN	Vereinte Nationen
Vorb.	Vorbemerkung
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
WEU	Westeuropäische Union
WMU J. Marit. Aff.	WMU Journal of Maritime Affairs
WVRK	Wiener Vertragsrechtskonvention (Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge)
Yale J. Int'l L.	Yale Journal of International Law
Yearb. Int'l Human. Law	Yearbook of International Humanitarian Law
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
z. B.	zum Beispiel
ZfAS	Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
Ziff.	Ziffer
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
ZNR	Zeitschrift für neuere Rechtsgeschichte
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZustBV-See	Zuständigkeitsbezeichnungs-Verordnung See

## A. Einleitung

Das Problem der Piraterie existiert wohl bereits, solange Menschen zur See fahren. Die ersten überlieferten Schilderungen von Piratenüberfällen stammen noch aus der Antike. Herodot etwa berichtet zu Beginn seiner Historien, dass nach Aussage persischer Gelehrter für die Entführung der Europa, Tochter des phönizischen Königs Agenor, nicht der Gott Zeus in Gestalt eines Stieres verantwortlich gewesen sei, wie dies in der griechischen Mythologie dargestellt wird, sondern vielmehr griechische Piraten, vermutlich Kreter.<sup>1</sup> Nicht die Geschichte der Piraterie soll indes Gegenstand dieser Arbeit sein.<sup>2</sup> Denn in der Gegenwart, gut zweieinhalb Jahrtausende später, schlägt Europa nun zurück. Im Jahre 2008 hat die EU mit *Operation Atalanta* ihre erste gemeinsame Militärmission zur Pirateriebekämpfung gestartet, an der auch die deutsche Marine beteiligt ist.

## I. Problemstellung

Wie der Mythos von Europa galt auch die Piraterie lange Zeit als Phänomen früherer Jahrhunderte, das in der heutigen modernen Welt nicht mehr vorkommt. Die Augen der breiten Öffentlichkeit wurden in Deutschland erst 2008 wieder auf dieses – bis dahin keineswegs verschwundene<sup>3</sup> – Problem gelenkt, angezogen von teils spektakulären Schiffsentführungen durch somalische Piraten. Diesen fiel im September 2008 zunächst das ukrainische Frachtschiff *MV Faina* in die Hände, beladen mit 33 T-72-Kampfpanzern.<sup>4</sup> Spätestens als nur zwei Monate danach mit der über 300 Meter langen *Sirius Star* ein ausgewachsener Öltanker mit knapp zwei Millionen Barrel Rohöl an Bord geentert und entführt wurde,<sup>5</sup> zeigte sich klar und

---

<sup>1</sup> *Herodot*, Historien 1, 2; darauf beziehend auch *Lagoni*, Piraterie und widerrechtliche Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt, in: Festschrift Rauschnig (2001), S. 501.

<sup>2</sup> Eine ebenso kurze wie kurzweilige Schilderung dieser Geschichte findet sich etwa bei *Lagoni*, Piraterie und widerrechtliche Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt, in: Festschrift Rauschnig (2001), S. 501–505 oder bei *Haywood/Spivak*, Maritime Piracy (2012), S. 23–38.

<sup>3</sup> Auch am Horn von Afrika kam es bereits lange vorher immer wieder zu Piratenangriffen. Siehe dazu etwa die zahlreichen Nachweise bei *Menefee*, An Overview of Piracy in the First Decade of the 21st Century, in: Nordquist u. a., Legal Challenges in Maritime Security (2008), S. 441 (466–472).

<sup>4</sup> *Johnson*, Panzer als Geiseln vor Somalia, taz.de vom 29.09.2008, abrufbar unter: [www.taz.de/!23678/](http://www.taz.de/!23678/) [Letzter Zugriff: 05.03.2017].

<sup>5</sup> Saudischer Super-Tanker entführt, FAZ.net vom 18.11.2008, abrufbar unter: [www.faz.net/-gq5-112te](http://www.faz.net/-gq5-112te) [Letzter Zugriff: 05.03.2017].

deutlich, dass auch heutzutage die Seeräuberei in einigen Regionen eine ernstzunehmende Gefahr für die Schifffahrt und den Seehandel darstellt.

Die gewaltigen Dimensionen des weltweiten Handels sind es auch, die aus einem eigentlich lokal verankerten Problem<sup>6</sup> ein globales machen. Immerhin 90 Prozent des Welthandels werden über See abgewickelt. Ein Drittel davon entfällt auf den Transport von Öl und den daraus gewonnenen Raffinaten.<sup>7</sup> Durch den Golf von Aden, der durch die Piraterie am Horn von Afrika bedroht wird, verlaufen wichtige Schifffahrtsrouten. An die 20.000 Schiffe passieren pro Jahr dieses durch den Suez-Kanal erschlossene Seegebiet.<sup>8</sup> Deutschland verfügt über eine der größten Handelsflotten der Welt.<sup>9</sup> Mehr als 40 Prozent der Welthandelsflotte werden von Unternehmen kontrolliert, die ihren Sitz in einem EU-Mitgliedsstaat haben.<sup>10</sup> Angesichts dieser Zahlen offenbart sich die starke wirtschaftliche Abhängigkeit Deutschlands und der EU von einem stabilen Seehandel. Vor diesem Hintergrund wurde 2008 ein gemeinsamer Verband von Kriegsschiffen aus EU-Mitgliedsstaaten (EUNAVFOR) entsandt, um der Piraterie am Horn von Afrika im Rahmen der *Operation Atalanta* entgegenzutreten. An der Bekämpfung der Piraterie beteiligen sich dort auch Schiffe aus den USA, Russland, China, Indien, Malaysia, Japan und anderen Staaten.<sup>11</sup>

Juristisch wurde das Thema Seeräuberei lange Zeit ignoriert. Selbst im Rahmen internationaler Konferenzen zur Kodifikation des Seerechts wurde Piraterie meist als überwundenes Phänomen betrachtet, das einer intensiven Befassung nicht wert sei.<sup>12</sup> Erst im Kielwasser einer massiven Zunahme von Angriffen im Golf von Aden wurde die Seeräuberei zum Gegenstand zahlreicher Publikationen. Dennoch sind weite Bereiche des Themas nach wie vor fern einer endgültigen Klärung.

Die vorliegende Arbeit untersucht die Möglichkeiten und Grenzen eines Vorgehens deutscher Soldaten gegen Piraten aus juristischer Sicht. Die Bekämpfung der

---

<sup>6</sup> Siehe dazu etwa *Haywood/Spivak*, *Maritime Piracy* (2012), S. 12–17.

<sup>7</sup> *Ehrhart u. a.*, Deutschland und die Herausforderung „Vernetzter Sicherheit“ bei der Pirateriebekämpfung, in: *Ehrhart u. a.*, *Piraterie als Herausforderung* (2013), S. 11.

<sup>8</sup> *Anyu/Moki*, *Piracy along the African Coast and Its Implications for Global Security*, in: *El-Khawas/Anyu*, *Case Studies of Conflict in Africa* (2012), S. 73 (83).

<sup>9</sup> *Ehrhart u. a.*, Deutschland und die Herausforderung „Vernetzter Sicherheit“ bei der Pirateriebekämpfung, in: *Ehrhart u. a.*, *Piraterie als Herausforderung* (2013), S. 11 sprechen von der größten Container- und der drittgrößten Handelsflotte weltweit.

<sup>10</sup> *Gosalbo-Bono/Boelaert*, *The European Union's Comprehensive Approach to Combating Piracy at Sea*, in: *Koutrakos/Skordas*, *The Law and Practice of Piracy at Sea* (2014), S. 81 (83).

<sup>11</sup> Eine gute Zusammenfassung der unterschiedlichen Maßnahmen und Lösungsansätze verschiedener Staaten und Organisationen im Hinblick auf die Piraterie vor Somalia findet sich mit Stand 2012 bei *van Ginkel/Landman*, *In Search of a Sustainable and Coherent Strategy*, *J. Int'l Crim. Just.* 10 (2012), S. 727 (732–736).

<sup>12</sup> Siehe etwa *Churchill*, *The Piracy Provisions of the UN Convention on the Law of the Sea*, in: *Koutrakos/Skordas*, *The Law and Practice of Piracy at Sea* (2014), S. 9 (10).

Piraterie wird dabei sowohl vom Völkerrecht als auch von innerstaatlichem Recht erfasst. Im Fall der *Operation Atalanta* kommt noch die Ebene des EU-Rechts hinzu. Probleme finden sich auf jeder dieser Rechtsebenen für sich, liegen mitunter aber auch in deren Verschränkung oder Überlappung begründet. Die daraus teils resultierende Unklarheit der Verantwortlichkeiten kann, wenn sie nicht aufgelöst wird, eine Erosion des Gewaltverbotes<sup>13</sup> und des Grundrechtsschutzes bewirken. Auch zu dieser Auflösung möchte die vorliegende Arbeit für den Bereich der Pirateriebekämpfung einen Beitrag leisten.

Die Wichtigkeit der Untersuchung wird dabei nicht durch den jüngsten starken Rückgang der erfolgreichen Piratenangriffe am Horn von Afrika beeinträchtigt.<sup>14</sup> Seepiraterie ist, wie gesehen, ein nicht eben neues Phänomen. Es gab sie immer und wird sie wohl auch noch lange geben, solange ihre Ursachen und die sie begünstigenden Faktoren nicht eines Tages endgültig beseitigt werden. Der momentane Rückgang der Piratenaktivität ist nicht auf eine Beseitigung der Ursachen zurückzuführen, sondern auf die Präsenz einer internationalen Flotte von Kriegsschiffen und die Bemannung von Handelsschiffen mit bewaffneten Sicherheitskräften.<sup>15</sup> Sobald die Gewässer vor Somalia aber wieder für längere Zeit als ruhig und friedlich gelten, dürfte die Bereitschaft zu solch kostspieligen Schutzmaßnahmen stark abnehmen, was in der Folge wiederum den Weg für ein erneutes Aufflammen der seeräuberischen Übergriffe bereiten würde. Falls es bis dahin gelingen sollte, zumindest einige der derzeit offenen Fragen zum Rechtsregime der Piraterie zu klären, und deutsche Einsatzkräfte nicht mehr in einem juristischen Graubereich allein gelassen würden, wäre bereits viel gewonnen.

## II. Arbeitsansatz

Der Fokus der vorliegenden Arbeit liegt auf den Möglichkeiten und Schranken, die Völkerrecht und Verfassungsrecht für den Einsatz deutscher Streitkräfte gegen Piraten bieten. Ausgespart wird dagegen der Schutz von Handelsschiffen durch pri-

---

<sup>13</sup> *Fassbender*, in: Isensee/Kirchhof, HbStR<sup>3</sup> XI, § 244 Rn. 2.

<sup>14</sup> Laut Bundesregierung kam es im Zeitraum von April 2013 bis März 2014 am Horn von Afrika nur noch zu zehn Piratenangriffen auf Handels- und Fischereischiffe, von denen lediglich drei zu einer vorübergehenden Entering führten, keiner hingegen zu einer dauerhaften Entführung. Dennoch befanden sich im Mai 2014 noch immer annähernd 50 Geiseln in der Hand von somalischen Piraten, siehe Antwort der Bundesregierung vom 06.05.2014 auf eine Kleine Anfrage, BT-Drs. 18/1326, S. 6, Frage 11 und 12. In 2015 und 2016 sind die Fallzahlen am Horn von Afrika weiter gesunken. Im ersten Halbjahr 2016 kam es dort nur zu einem offiziell registrierten Piratenangriff, siehe Bundespolizei See, Pirateriebericht 3/2016, S. 8. Jeweils aktuelle Fallzahlen und Berichte finden sich auf einer Internetseite des International Maritime Bureau (IMB), <https://icc-ccs.org/piracy-reporting-centre> [Letzter Zugriff: 02.02.2017].

<sup>15</sup> Siehe auch Bundespolizei See, Pirateriebericht 1/2014, S. 7 f. sowie Bundespolizei See, Pirateriebericht 3/2016, S. 8 f., wo Handelsschiffe trotz weiter sinkender Fallzahlen am Horn von Afrika unverändert vor einem Nachlassen der Wachsamkeit gewarnt werden.